

FÜR MEHR BÜRGERBETEILIGUNG

BEATRICE VON WEIZSÄCKER im Gespräch mit Doris Kleinau-Metzler

Beatrice von Weizsäcker ist Juristin und Journalistin. Nach jahrelanger Tätigkeit als politische Redakteurin wechselte sie zur Stiftung zur «Entschädigung» ehemaliger Zwangsarbeiter. Als Tochter des ehemaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker war sie in der Familie immer wieder mit Politik konfrontiert. Wie kommt sie nun dazu, ein Buch mit dem Titel *Warum ich mich NICHT für Politik interessiere ...* zu veröffentlichen? Der Titel erregt Aufsehen, zumal Politikmüdigkeit und Parteienverdrossenheit Themen sind, die angesichts einer zurückgehenden Wahlbeteiligung diskutiert werden.

Beatrice von Weizsäcker registriert aber auch ein vielfältiges Engagement der Bürger. Sie sieht die Notwendigkeit von mehr Kommunikation der Politiker mit den Bürgerinnen und Bürgern und plädiert für eine Ausweitung der Bürgerbeteiligung über Volksbefragungen und Volksentscheide.



Doris Kleinau-Metzler | Frau von Weizsäcker, warum interessieren Sie sich nicht für Politik? Eine ungewöhnliche Aussage als Buchtitel für eine politische Journalistin.

Beatrice von Weizsäcker | Der Titel ist mit Bedacht gewählt, aber mit den drei Punkten am Ende auch erkennbar offengehalten. Er ist ernst und ironisch zugleich gemeint – denn ich interessiere mich natürlich für Politik. Politik geht uns alle an. Es gibt nur wenige Entscheidungen, von denen wir nicht direkt betroffen sind. Allerdings sehe ich auch kritisch, wie sich unser Parteiensystem entwickelt hat: Nicht selten scheint es, als ob es den Parteien in erster Linie um Macht und Machterhaltung geht und erst in zweiter Linie um die Sache. Sicher, Macht ist notwendig, um gestalten zu können. Aber doch nicht um ihrer selbst willen. Die Parteien haben sich aus meiner Sicht zu politischen Apparaten entwickelt, die weit weg vom Bürger sind. Dass wir alle vier Jahre wählen dürfen, uns in der Zwischenzeit aber nicht inhaltlich äußern können, trägt zur Parteienverdrossenheit bei.

DKM | Kontinuierlich und jahrelang in Parteien mitzuarbeiten scheint für wenige Menschen attraktiv. Desinteresse an Politik wird besonders der jüngeren Generation vorgehalten. Immer weniger junge Menschen engagieren sich in den Jugendorganisationen der traditionellen Parteien.

BvW | Das stimmt. Aber man muss aufpassen, Parteienverdrossenheit nicht mit Politikmüdigkeit gleichzusetzen. Wenn jemand in eine Partei eintritt, um sie zu stärken, ist das doch sinnvoll. Aber Menschen, die diesen Weg nicht gehen, sind deshalb noch lange nicht unpolitisch. Politik umfasst mehr als Parteien. Politik beginnt



Fotos: Wolfgang Schmidt

auch nicht erst, wenn man einer Partei beitrifft oder wenn man ein politisches Amt hat. Politik beginnt bei uns, beginnt mit unserem eigenen Engagement. Gerade junge Leute sind heute eher nüchtern und stehen allem Ideologischen skeptisch gegenüber, sie sind aber dennoch aktiv und politisch. Im Internet kann man das gut sehen.

DKM | Was meinen Sie damit? Junge Menschen lesen relativ wenig Zeitung. Bisher spielt das Internet für die Politik scheinbar kaum eine Rolle.

BvW | Das sind zwei verschiedene Dinge. Eine Zeitung ist ein reines Informationsmittel und bietet keine Kommunikationsmöglichkeit. Die Möglichkeit, die das Internet bietet, ist eine ganz andere: Das Internet ist beides, Informations- und Kommunikationsmittel. Man kann sich über alles Mögliche informieren und zugleich darüber diskutieren. Man kann sich an Debatten in verschiedenen Foren beteiligen. Selbst eine Meinung formulieren, sich konkret und spontan einmischen. Das schätzen junge Leute, wie man doch noch aus der eigenen Jugend weiß. Aber auch immer mehr Ältere beteiligen sich an Blogs. Im Internet finden Sie richtige Meinungsbildungsprozesse. – Für Politiker wiederum spielt das Internet noch eine ziemlich geringe Rolle. Für sie ist es weitgehend neu, wie stark sich die Menschen im Internet engagieren, wie politisch sie dort sind, wie viel Engagement das Internet ermöglicht – und welche Macht es deshalb hat. So klagten 2007 mehr als 30.000 Bürger per Internet gegen das Gesetz zur Vorratsdatenspeicherung. Es war die größte Verfassungsbeschwerde aller Zeiten, und die umfassende staatliche Nutzung aller persönlichen Daten wurde so verhindert. Im Mai 2009 beteiligten sich zehntausende Internetnutzer an einer Online-Petition an den Bundestag. Sie wollten verhindern, dass das berechtigte Interesse, die Verbreitung von Kinderpornographie im Internet zu verhindern, zu einer schleichenden Zensur im Internet führt und Menschen unter Generalverdacht stellt. Auch das führte letztlich jedenfalls zu einem Teilerfolg. Das Internet ist ein Gewinn für die Demokratie.

DKM | Also sehen Sie auch Möglichkeiten, durch das Internet das Politikinteresse zu fördern? ▶



BEATRICE VON WEIZSÄCKER

► **BvW** | Auf jeden Fall. Bisher ist die Darstellung der Parteien im Internet eher langweilig – so werden in der Regel Wahlfilme ähnlich den Fernsehwerbespots ins Internet gestellt, die kommunikativen Möglichkeiten des Internets hingegen kaum genutzt. Dabei ist das Interesse an differenzierten Antworten auf politische Fragen groß, wie etwa die Seite www.abgeordnetenwatch.de zeigt. Diese Website geht auf einen privaten Verein mit Sitz in Hamburg zurück und ist inzwischen eines der größten allseits anerkannten Dialogportale in Deutschland. Hier kann man zum Beispiel das Abstimmungsverhalten und die Nebentätigkeiten der Abgeordneten sehen. Sämtliche Bundestagsabgeordnete, Landtagsabgeordnete und Mitglieder des Europaparlaments aus Deutschland können öffentlich nachlesbar befragt werden, alle Antworten sind ebenfalls für alle lesbar. Mehr als 90 Prozent der Abgeordneten machen inzwischen mit. Das hilft durchaus, manche Frustrationen abzubauen. Ein solches Internetportal ersetzt natürlich nicht die Präsenz der Abgeordneten im Bundestag, die meist sehr spärlich ist. Das signalisiert nicht eben ein großes Ernstnehmen der Themen und der betroffenen Menschen.

DKM | Es gibt auch eine Art Politikerverdrossenheit, weil im Fernsehen oft dieselben Politiker zu sehen und zu hören sind, die mehr oder weniger Bekanntes schlagwortartig wiederholen.

BvW | Ja. Das kommt natürlich auch davon, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk dem Quotendruck unterliegt und deshalb gern Prominente einlädt. Ich würde trotzdem zu «mehr Mut zur Qualität» im Sinne einer differenzierten Betrachtung und Berichterstattung raten. Die Zuschauer sind viel interessierter und informierter, als manche meinen. Aber auch über das Fernsehen gibt es letztlich keine Kommunikation, man darf höchstens einmal anrufen

und eine Frage stellen. Fernsehen ist zwangsläufig eine Einbahnstraße. Es gibt einfach zu wenig Kommunikation. Dann denkt man natürlich schnell in der Kategorie: «die da oben, wir hier unten». Wenn man nur wählen kann, aber inhaltlich nicht mitbestimmen darf, ist dieser Eindruck doch auch nahe liegend.

DKM | Zumal viele Wähler nicht in allen Sachthemen zu 100 Prozent einer Meinung mit der gewählten Partei sind.

BvW | Richtig, auch und schon deshalb ist mehr Kommunikation nötig – gegen die vorherrschende Entfremdung zwischen der offiziellen Politik und den Bürgern. Man könnte diese Entfremdung lockern, indem man die Bürger immer mal wieder zu bestimmten Sachthemen befragt. Solche Volksbefragungen und Volksentscheide sind auf Bundesebene aus guten historischen Gründen bislang nicht erlaubt. Das ließe sich aber ändern, denn die Zeiten haben sich geändert. Wir sind erwachsen geworden. Dürften die Bürger mitentscheiden, wären die Politiker gezwungen, ausführlicher und differenzierter zu argumentieren. Sie müssten auf die Wähler zu- und auf sie eingehen. Das ist natürlich anstrengend. Demokratie ist nun mal anstrengend. Und natürlich kenne ich auch das Argument, dass dann womöglich die Todesstrafe wieder eingeführt würde. Dazu käme es aber nicht, wenn man vorher vom Bundesverfassungsgericht prüfen lassen würde, ob die Frage verfassungskonform mit Ja oder Nein beantwortet werden kann. Volksentscheide und Volksbefragungen gibt es längst auf kommunaler Ebene und in allen Bundesländern. Nur auf Bundesebene nicht. Dass es auch dort funktioniert, zeigt die Schweiz.

DKM | Das würde vielleicht auch den manchmal zu hörenden Satz «die da oben machen doch, was sie wollen» entkräften.



«Dürften die Bürger mitentscheiden, wären die Politiker gezwungen, ausführlicher und differenzierter zu argumentieren. Sie müssten auf die Wähler zu- und auf sie eingehen. Das ist natürlich anstrengend. Demokratie ist nun mal anstrengend.»

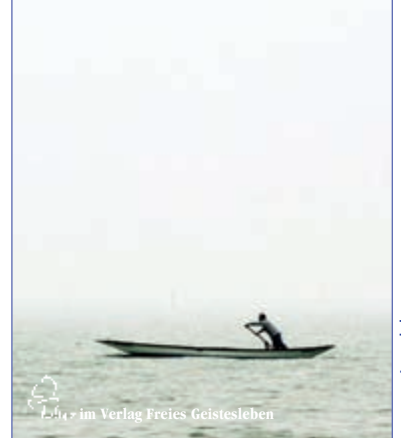
BvW | In der Tat. Unsere Demokratie bietet aber schon jetzt viele Möglichkeiten, sich zu beteiligen – wenn man sich interessiert, informiert und engagiert. Niemand ist davon ausgeschlossen. Unsere Demokratie ist keine Zuschauerdemokratie, das darf sie auch nicht sein. Und wir sollten uns als Bürger auch nicht kleiner machen, als wir sind. Wenn wir mitreden wollen und beteiligt werden, also ernst genommen werden wollen, müssen wir uns auch entsprechend verhalten – und nicht wie ein Kleinkind darauf warten, dass alles für uns geregelt wird, und am Ende schmallern, wenn uns das Ergebnis nicht passt.

DKM | Mitsprache, zu politischen Entscheidungen eine Meinung entwickeln, argumentieren und dann abstimmen – setzt das nicht auch Fähigkeiten bei uns Bürgerinnen und Bürgern voraus? Für die meisten liegt der Sozialkunde- oder Politikunterricht weit zurück und wurde als langweilig erlebt.

BvW | Ich hatte solche Fächer in der Schule gar nicht. Ich hatte aber einen begnadeten Mathematik- und Musiklehrer, der mir einfach durch die Art, wie er war, vieles vermittelt hat, nicht zuletzt Werte und eine gewisse Haltung. Für Kinder und Jugendliche ist es entscheidend, dass sie Menschen begegnen, die ihnen auch ein Vorbild sein können. Sicher muss die Schule über Demokratie, Strukturen, Hintergründe und Abläufe informieren, aber wesentlich bleibt doch der einzelne Mensch, dem man begegnet, der Lehrer, der eine eigene menschliche Kompetenz hat. Entscheidend ist, dass der Lehrer seine Schüler nicht als Masse sieht, sondern als Individuen, und sie ernst nimmt – so wie wir Bürger von den Politikern nicht nur als Wahlvolk, als Masse, wahrgenommen werden wollen, sondern eben als Bürger – und das nicht nur bei Wahlen, sondern immer. – Für beide Bereiche, Schule und Politik, sind Mitbestimmung und Mitsprache wichtig. Die Schule ist ja sozusagen das erste Politikfeld, das man kennenlernt. Die Schule ist wie ein kleiner Staat. Deshalb sollte die Schule auch der Ort sein, wo man sachbezogen argumentieren und debattieren lernt, das heißt übrigens auch, dem anderen zuzuhören und andere Meinungen zu respektieren, ohne sie vorschnell abzutun. Unser demokratisches Mittel ist nun mal das Wort. **Wenn wir Beteiligung und Mitsprache bei der Politik, die unser Leben prägt, wollen, dann müssen wir uns informieren, die Kommunikation suchen und aktiv werden.** Kommunikation setzt aber auch voraus, dass beide Seiten diesen Weg gehen. Und dazu gehört seitens der Politik, uns mehr Mitspracherechte zu geben. ■

Der siebenfache Flügelschlag der Seele

Wolfgang Held
Leben mit dem Rhythmus der Woche



falter 30 • 88 Seiten, Leinen mit Schutzumschlag
€ 13,90 (D) | € 14,30 (A) | sFr 24,80
ISBN 978-3-7725-1430-2

Leben mit der Siebentagewoche

Die Woche ist ein merkwürdiger Rhythmus. Weder geht sie im Monat glatt auf noch im Jahr. Rein wirtschaftlich betrachtet ist die Woche das Unpraktischste, was unsere Zeiteinteilung zu bieten hat. Und dennoch hält sich fast die gesamte Menschheit an diesen Siebener-Rhythmus. Warum? Die Antwort, zeigt Wolfgang Held, liegt im Menschen. Aus einem vertieften Verständnis des Rhythmus der Woche kann der Mensch Kraft und Inspiration für die Gestaltung seines Lebens schöpfen.

Aus dem Inhalt:

- 1 | Sonntag Wann beginnt die Woche?
- 2 | Montag Hingabe an das Neue
- 3 | Dienstag Ein besonderer Tag für Fehler
- 4 | Mittwoch Interesse für den Umkreis
- 5 | Donnerstag Ein- und Umsicht im Handeln
- 6 | Freitag Die Wichtigkeit der Nebensache
- 7 | Samstag Wie kommt das Alte in die Welt?